



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften	7
	Außenpolitik	8
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Innenpolitische Entwicklungen	10
	Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften	10
	Außenpolitik	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Im November trafen sich Präsident Nicos Anastasiades und sein türkisch-zypriotischer Amtskollege Mustafa Akinci, um die intensive Phase der Verhandlungen einzuleiten. Die beiden Volksgruppenvertreter trafen sich insgesamt sechs Mal im November: am 2., 5., 18., 20., 23. und 25. November.

Die intensive Phase besteht aus einer Reihe von Treffen, deren Ergebnisse – Erfolge sowie noch bestehende Hindernisse – erst am Ende bekanntgegeben werden. Daher gab es nach den Treffen keine Verlautbarungen über die behandelten Themen. Die Exekutive, Staatsbürgerschaft und die Eigentumsfrage wurden wiederholt diskutiert. Nach dem sechsten Treffen gab der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide bekannt, dass die beiden Volksgruppenvertreter die Hauptthemen ausführlich besprochen und Fortschritte erzielt hätten. Außerdem bezeichnete er die intensive Phase als konstruktiv und hilfreich für den Gesamtprozess und kündigte weitere Treffen für den 4., 15. und 20. Dezember an.

Seit Beginn des Prozesses Anfang Mai deutete Anastasiades zum ersten Mal an, dass eine Lösung möglicherweise vor den anstehenden griechisch-zypriotischen Parlamentswahlen im Mai 2016 erzielt werden könne. Während der 11. Economist Zypernkonzferenz sagte Anastasiades, dass es keinen festen Zeitplan für die Gespräche gebe, fügte aber hinzu, dass eine möglichst schnelle Lösung besser sei. Der Cyprus Mail zufolge habe er in einem unvollendeten Nebensatz davon gesprochen, dass „eine Lösung (vor den Wahlen), abhän-

gig von beiderseitigen Kompromissen, möglich sei.“

Während seiner Rede auf der Zypernkonzferenz des Economist in Nikosia sagte Espen Barth Eide, dass es wichtig sei, sich auf eine Lösung vorzubereiten, da sie schneller als erwartet gefunden werden könne. Im Laufe der Zeit werde sich die Lösung selbst finanzieren, man solle sich auf ein dann mögliches Wachstum der Wirtschaft einstellen. Auf derselben Konferenz bemerkte Dirk Reinermann, der Programmkoordinator der Weltbank für Südeuropa, dass ein vereintes Zypern in Zeiten sich auflösender Staaten und auseinanderdriftender Bevölkerungsgruppen ein starkes Signal an mögliche Investoren senden könne. An anderer Stelle hob Reinermann hervor, dass die wirtschaftlichen Vorteile einer Lösung der Zypernfrage die Nachteile überwiegen würden, aber auch, dass die öffentliche Verschuldung beider Teile problematisch sei und reduziert werden müsse.

Die zypriotische Regierung bat den Internationalen Währungsfond und andere Organisationen um Expertenrat bei der Kalkulierung der finanziellen Kosten einer Lösung. Laut Regierungssprecher Nikos Christodoulides bittet die Regierung Nachbarländer, die EU, UN und sogar die Türkei um finanzielle Hilfe zur Deckung der mit einer Lösung verbundenen Kosten. Werde das Zypernproblem nicht gelöst, so werde dies negative Auswirkungen für alle betroffenen Parteien haben.

Am 25. November gaben die beiden Volksgruppenvertreter eine Vereinbarung bekannt, wonach ein Bildungsausschuss ins Leben gerufen werde, welcher die Bildungspraxis

auf beiden Seiten untersuchen und bei der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Extremismus helfen soll. Der Ausschuss wird zu diesem Zweck bestehende Untersuchungen und gute Unterrichtspraktiken in Zypern und im Ausland heranziehen und neue relevante Untersuchungen vornehmen, um herauszufinden, wie Bildung zu Konfliktbewältigung, Frieden und Versöhnung beitragen kann. Diese Vereinbarung war die Antwort auf einen Zwischenfall, bei dem während der Gedenkfeier gegen die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit der „TRNZ“¹ am 16. November, türkisch-zypriotische Autofahrer von griechisch-zypriotischen Schülern angegriffen worden waren. 15 griechisch-zypriotische Jugendliche wurden im Zusammenhang mit den Angriffen, bei denen drei türkische Zyprioten verletzt wurden, verhaftet. Die rechtsextreme Organisation ELAM soll die Attacken geplant haben. ELAM leugnet jedoch jegliche Beteiligung. In einer gemeinsamen Bekanntmachung verurteilten Akinci und Anastasiades die Angriffe. Nach einem ihrer gemeinsamen Treffen unter der Schirmherrschaft der slowakischen Botschaft in Zypern, veröffentlichten die türkisch- und griechisch-zypriotischen Parteien eine Stel-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

lungnahme, in der die Attacken auf Schärfste mit folgenden Worten kritisiert wurden: „Die Vertreter der politischen Parteien unterstützen die Idee einer vereinten, multi-kulturellen Gesellschaft, in der die Rechte und Kultur aller Bürger und Bevölkerungsgruppen respektiert werden. Die Parteien verurteilen die jüngsten Angriffe auf türkische Zyprioten durch einige griechisch-zypriotische, nationalistisch eingestellte Jugendliche. Desgleichen verurteilen die Parteien jegliche Form von Gewalt, egal welchen Ursprungs, die die ethnische Teilung voranzutreiben versucht.“

In einem anderen Zusammenhang gab Akinci bekannt, dass das türkische Militär Ausgrabungen durch das Komitee für Vermisste Personen (CMP) an dreißig Stellen innerhalb militärischer Sperrgebiete im Norden genehmigt habe. Der Zugang soll ab Januar 2016 für drei Jahre möglich sein, d.h. pro Jahr soll an zehn Stellen gegraben werden.

Laut dem türkisch-zypriotischen Innen- und Arbeitsminister Asım Akansoy gebe es keine Hindernisse für die Öffnung des Grenzüberganges bei Derinya/Deryneia. Gleichwohl würden die Instandsetzungsarbeiten noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Der türkisch-zypriotische Außenminister gab bekannt, dass die Minenräumungsarbeiten in Aplici/Aplici fortgeführt würden und Gespräche mit EU-Vertretern über eine mögliche Finanzierung stattfänden. Die beiden Volksgruppenvertreter einigten sich auf einen Eröffnungstermin im Mai 2016 für beide Grenzübergänge als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen.

Am 28. November veröffentlichte die Bicomunal Peace Initiative United Cyprus, welche aus mehr als 70 Nichtregierungsorganisationen und Vereinigungen auf beiden Seiten besteht, eine Botschaft, mit der sie die beiden Volksgruppenvertreter bei der Lösung des Zypernproblems unterstützen will. Während des EU-Türkei Gipfels am 29. November in Brüssel trafen sich Vertreter der 28 EU-Länder mit dem türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu. Die EU will der Türkei 3 Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zur Verfügung stellen und die Verhandlungen zur Öffnung von Kapitel 17 (Wirtschaft) beginnen sowie weitere Kapitel der Beitrittsverhandlungen vorbereiten. Die visafreie Einreise türkischer Staatsbürger in die EU ab 2016 stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Obwohl Kapitel 17 nicht eines der sechs von Zypern blockierten Kapitel ist, brachte Davutoglu auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel den Beitritt der Türkei und die Lösung der Zypernfrage in einen Zusammenhang. Der türkische Premierminister sagte, dass, falls das Zypernproblem in den kommenden Monaten gelöst werde, die EU-Mitgliedschaft der Türkei kein Traum in ferner Zukunft sei, sondern innerhalb der nächsten Jahre eintreten könne.

Dem neuen türkischen Regierungsprogramm zufolge ist eine Lösung des Zypernproblems für die Türkei von höchster Priorität. Daher werde die Regierung konstruktiv zu der Erreichung dieses Ziels hinarbeiten, um eine gerechte und dauerhafte Lösung zu erreichen.

Nach seinem Besuch in Zypern sagte der britische Außenminister Philip Hammond in

einem Artikel auf dem Blog seiner konservativen Partei, dass er mit seinem Besuch die Unterstützung Großbritanniens bei den durch die UN geführten Verhandlungen verdeutlichen wollte. Die britische Regierung werde beiden Bevölkerungsgruppen in ihren Bemühungen helfen. Durch eine Lösung werde Zypern ein Zeichen der Stabilität in einer durch Unruhen geprägten Region setzen und somit die regionale Sicherheit stärken sowie neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Energie eröffnen. Zudem werde der EU-Beitrittsprozess der Türkei, die ein wichtiger Partner der EU in Sicherheitsfragen und bei der Lösung von Migrationsproblemen sei, an Dynamik gewinnen. Hammond fügte hinzu, dass sein Land bereit sei, knapp die Hälfte des Gebietes der Souveränen Basen an ein vereintes Zypern abzutreten.

Das panzypriotische Gewerkschaftsforum, das aus verschiedenen türkisch- und griechisch-zypriotischen Gewerkschaften besteht, legte eine Liste mit Vorschlägen und Forderungen bezüglich der Arbeitsbedingungen in einem vereinten Zypern vor. Die Punkte auf der Liste beinhalten das Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Recht auf freie Berufswahl, ein standardisiertes Beschäftigungsgesetz sowie eine allgemein gültige Sozialversicherung, die Einführung eines Systems zur Bestimmung der Einkommenshöhe und das Verbot der Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Zudem standen die Themen Arbeitsmedizin und Sicherheit am Arbeitsplatz auf der Liste.

Laut des Jahresberichtes des Weltwirtschaftsforums über geschlechtsspezifische Unterschiede in 145 Ländern bezüglich der wirtschaftlichen Situation, Bildung, Gesundheit und politischen Teilhabe liegt Zypern im weltweiten Vergleich auf Platz 100 und auf zweitletzter Stelle in der EU vor Malta. Zypern schnitt besonders schlecht in der wirtschaftlichen Situation und politischen Teilhabe ab. Obwohl der Bericht den Norden Zyperns nicht berücksichtigte, sei die Situation dort keineswegs besser.

2. Gasvorkommen

Am 17. November gab die Regierung die Zusammensetzung des neuen Vorstandes der Natural Gas Public Company (DEFA) bekannt. Dem neuen Vorstand gehören Marianna Charalambous, Giorgos Tripatsas und Stefanos Stefanos an. Sie ersetzen Nicos Makrides, Anastasis Kounoudis und Adam Lomas. Nach der Neubesetzung des Vorstandes kann die DEFA die Suche nach einem neuen Lieferanten für die sogenannte Zwischenlösung fortführen. Demnach soll das von der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EAC bisher verwendete Öl durch importiertes Gas zu einem niedrigeren Preis ersetzt werden. Die Suche nach einer Zwischenlösung zieht sich nun schon drei Jahre hin. Durch Änderungen des Ausschreibungsverfahrens wurde der Abgabetermin schließlich bis Dezember 2015 hinausgeschoben und näherte sich dem am 1. Januar 2016 vorgesehenen Beginn des Projektes.

Am 23. November gab Energieminister Giorgos Lakkotrypis bekannt, dass das britische Unternehmen BG Group für 165 Millionen US-Dollar (155 Millionen Euro) Anteile im Umfang von 35% an dem vor der Küste Zyperns liegenden Block 12 erworben hat, in dem sich das Aphrodite-Feld befindet. Im Rahmen dieser Vereinbarung bleibt Noble der Betreiber von Block 12 und behält ebenfalls 35% der Anteile. Die anderen Teilhaber sind Delek Drilling Limited Partnership und Avner Oil Exploration Limited Partnership mit jeweils 15% Beteiligung. Durch diesen Schritt kann Noble das Kapitalanlagerisiko streuen, da die Gesamtkosten für die Entwicklung des Aphrodite-Feldes auf zwei bis drei Milliarden Euro geschätzt werden. Durch die Vereinbarung konnte auch eine Interessensabstimmung vorgenommen werden, da die BG Group Anteile an der Gasverflüssigungsanlage in Idku, Ägypten, hält. Laut dem Energieexperten Charles Ellines ist der Einstieg von BG in Block 12 eine positive Entwicklung und sei "ein kleiner Schritt" hin zur Entwicklung des Gasfeldes.

Regierungssprecher Nicos Christodoulides gab nach einem Treffen zwischen Präsident Anastasiades und einer Delegation führender Vertreter des Energiekonzerns Total bekannt, dass das Unternehmen ein großes Interesse an Zyperns ausschließlicher Wirtschaftszone nach der Entdeckung des Zohr-Feldes in ägyptischen Gewässern gezeigt habe. Das erneute Interesse auf Seiten des Energieunternehmens bedeutet eine Kehrtwende, nachdem Total zehn Monate zuvor einen Abbruch der Probebohrungen in zypriotischen Gewässern signalisiert hatte. Total hatte

Block 10 ohne Probebohrungen aufgegeben und wurde aus der ursprünglichen Vereinbarung, wonach zwei Bohrlöcher in den Blöcken 10 und 11 geplant waren, entlassen. Die Blöcke 10 und 11 befinden sich an der Seegrenze mit Ägypten. Total hatte jedoch die Rechte für Explorationsbohrungen im Block 11 behalten und sich verpflichtet, dreidimensionale seismische Daten auszuwerten, um mögliche Stellen zu lokalisieren. Das Erkundungsprogramm von Total in Block 11 läuft im Februar 2016 aus. Das Unternehmen ist an einer Verlängerung der Lizenz interessiert.

Am 2. November diskutierten Präsident Anastasiades und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu sowie der israelische Energieminister Yuval Steinitz in Israel die Überlappung des Aphrodite-Feldes mit israelischen Hoheitsgewässern und eine mögliche Vereinbarung zur gemeinsamen Nutzung des Feldes.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 3. November kam eine Delegation der Troika² nach Zypern, um die achte Überprüfung des Anpassungsprogrammes vorzunehmen. Das Programm läuft im März 2016 aus. Ganz oben auf der Themenliste standen notleidende Kredite, die Stärkung der Kontrollmechanismen bei der Kreditumstrukturie-

² Die Troika setzt sich aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen.

rung, der Verkauf von Krediten sowie die Durchführung von Strukturreformen und Privatisierungen.

Am 12. November verabschiedete das Parlament mit 26 zu 25 Stimmen ein Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Krediten durch Banken an Dritte. Gegen das Gesetz stimmten AKEL, EDEK, Die Grünen, EVROKO und der unabhängige Abgeordnete für Famagusta, Zacharias Koulias. Die regierende DISY und die Oppositionspartei DIKO stimmten für das Gesetz. Mit Hilfe des neuen Gesetzes können Schuldner für ihre Kredite ein Angebot abgeben und zu einem niedrigeren Preis zurückkaufen, nachdem der Kredit durch den Kreditgeber als notleidend eingestuft wurde und bevor der Kredit an Dritte wie z.B. Anlagefonds verkauft werden kann. DIKO hatte zuvor damit gedroht, dem Gesetz nicht zuzustimmen, wenn den Schuldnern kein Mitspracherecht eingeräumt werde. Eine Änderung des Gesetzes in letzter Minute, wonach das Angebot des Schuldners für den Kreditgeber nicht bindend ist, ermöglichte es der DIKO dem Gesetz ohne Gesichtsverlust zuzustimmen. Es ist noch nicht sicher, ob die Troika das Gesetz akzeptieren wird. Das Gesetz soll den Banken dabei helfen, das Volumen der notleidenden Kredite zu verringern.

Nach Angaben des Vorstandes der Cooperative Central Bank, Nicolas Hadjiyiannis, benötigt das Geldinstitut eine staatliche Finanzspritze in Höhe von 150 bis 200 Millionen Euro, um die Zielvorgabe von 14% Eigenkapital zu erreichen.

Nach Auskunft der zypriotischen Zentralbank nahmen im Oktober die Einlagen zyprioti-

scher Banken im Vergleich zum September um 287,9 Millionen Euro zu und lagen bei 47,1 Milliarden Euro. Der Umfang der notleidenden Kredite war im September im Vergleich zu August um 50,1 Millionen Euro niedriger und lag bei 27,3 Milliarden Euro. Dies signalisiert einen Rückgang der notleidenden Kredite.

Die Europäische Investitionsbank stimmte einem Darlehen in Höhe von 100 Millionen Euro zu, welches zur Förderung von mit dem Europäischen Kohäsionsfond kofinanzierten Projekten eingesetzt werden soll.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Zustimmung der regierenden DISY und der Oppositionspartei AKEL für ein neues Wahlgesetz, welches die Sperrklausel von 1,8% auf 3,6% erhöhen soll, rief erneut Kritik von Seiten der kleineren Parteien (EDEK, EVROKO, die Grünen und die Bürgerallianz) hervor. Die neue Sperrklausel soll zum ersten Mal in den im Mai 2016 stattfindenden Parlamentswahlen angewandt werden. Im Rahmen der neuen Regeln werden die Parlamentsabgeordneten im ersten Wahlgang auf der Basis von Distrikten gewählt, während im zweiten Wahlgang alle unbesetzten Sitze nur an Parteien gehen, welche mindestens 3,6% der Wählerstimmen auf nationaler Ebene bekommen haben.

Am 20. November bestätigte die Europaabgeordnete der DISY, Eleni Theocharou, offiziell ihren Parteiaustritt aufgrund von Meinungsunterschieden mit ihrer Partei bezüglich des Zypernproblems. Gleichzeitig gab Theocharou

ihre Pläne zur Gründung einer neuen Partei mit dem Namen „Solidarität“ bekannt.

Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften

Am 2. November legten die Förster ihre Arbeit für zwei Stunden nieder, um gegen die vorgesehene Kürzung von 22 Stellen zu protestieren. Sie begründeten ihren Protest damit, dass dieser Schritt den Schutz des Waldes beeinträchtigen werde und Katastrophen, wie z.B. die Waldbrände bei Saittas, nicht hinreichend verhindert werden könnten.

Die Europäische Kommission organisierte im November und Anfang Dezember in allen größeren Städten drei Workshops, an welchen 300 junge Arbeitslose teilnahmen. Der Schwerpunkt der Workshops lag auf der Verbesserung bei der Verfassung von Lebensläufen, der Stärkung des Unternehmergeistes und Unterstützung von Start-Ups sowie der Vermittlung von Computerkenntnissen.

Eine Gruppe entlassener Busfahrer plant, gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber OSEL (das staatliche, zypriotische Transportunternehmen) zu klagen. OSEL habe trotz der Entlassungen neues Personal eingestellt, was gegen das Gesetz verstoße. Gleichzeitig soll OSEL große Summen an Überstunden bezahlt haben, obwohl den Fahrern wegen fehlender Auslastung gekündigt worden war. Die Busfahrer sind auch von dem scheinbaren Desinteresse ihrer Gewerkschaften enttäuscht und wollen mit Hilfe des Gerichtes ihre Mitgliedsbeiträge der letzten fünf Jahre zurückfordern.

Die Gewerkschaften der Angestellten der zypriotischen Elektrizitätsgesellschaft CEA äußerten Bedenken hinsichtlich der laufenden Privatisierung. Das letzte Treffen mit Energieminister Lakkotrypīs endete in einer Sackgasse und die Gewerkschaften beschuldigten die Regierung, eine vorgefertigte Studie sowie die Troika als Vorwand zu nutzen, um die CEA zu zersplittern und sich zu weigern, die derzeitigen Bemühungen des Unternehmens zur Trennung des funktionalen und logistischen Teiles anzuerkennen.

Die Gewerkschaften der Angestellten der zypriotischen Telekom gaben ebenfalls ihren Bedenken hinsichtlich der derzeit laufenden Privatisierung sowie der Situation der Angestellten Ausdruck.

Die Gewerkschaft PEO wiederholte ihre Kritik an den Plänen der Regierung zur Reform des öffentlichen Dienstes, da diese die Tarifverhandlungen und -vereinbarungen schwächen würden. Der Vorsitzende der PEO, Pampīs Kyritīs, sagte, dass der von der Regierung angestrebte „Automatismus“ bei Tarifpartnern die Gesellschaft viele Jahre zurückwerfen werde, in eine Zeit, als allein der Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen bestimmte. Außerdem kritisierte er die Bemühungen, die Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate mit Hilfe einer Verordnung um 50% zu kürzen. Was den öffentlichen Dienst betreffe, so müsse dies Teil der Tarifverhandlungen sein.

Die Gewerkschaft SEK gab ihren Bedenken hinsichtlich der derzeit laufenden TTIP-Verhandlungen zwischen den USA und der EU Ausdruck. Die anvisierte transatlantische Freihandelszone stärke die Macht der multi-

nationalen Unternehmen, während der Dialog hinsichtlich arbeitsrechtlicher und sozialer Fragen unzureichend und intransparent sei.

INEK, das Forschungszentrum der PEO, führt derzeit in Zusammenarbeit mit griechischen und portugiesischen Gewerkschaften ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Die Überwindung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles“ durch, um die Unterbewertung weiblicher Erwerbsarbeit zu untersuchen. Ausgehend von früheren Untersuchungen in Portugal, in der eine Methode benutzt wurde, die geschlechtsspezifische Klischees vermied, konzentriert sich dieses Projekt auf das Hotelgewerbe in Griechenland und Zypern und versucht, Faktoren zu benennen, die für geschlechtsspezifische Lohnunterschiede verantwortlich sind. Die Ergebnisse sollen Anfang 2016 vorgestellt werden.

Der Vorstand der PEO veröffentlichte ein Dokument mit dem Titel „Für eine dynamische Offensive“, in dem die Programmatik der Gewerkschaft für die Tarifverhandlungen 2016 beschrieben wird. Es sei an der Zeit, das zurückzubekommen, was während der Krise aufgegeben wurde. Das Dokument soll am 1. Dezember 2015 auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress mit 700 Delegierten ratifiziert werden.

Außenpolitik

Am 17. November kam der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier zu einem offiziellen Besuch nach Zypern. Auf getrennten Treffen mit Präsident Anastasiades und seinem Amtskollegen Ioannis Kasoulides

wurden das Zypernproblem, Terrorismusbekämpfung, die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU und andere, die Region betreffende Themen, besprochen. Bezüglich der Zypernfrage sagte Steinmeier, dass es derzeit eine einzigartige Chance zu deren Lösung gebe, die sich, wenn sie nicht wahrgenommen werde, kein zweites Mal bieten würde. Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci nahm nicht an dem abendlichen Empfang der deutschen Botschaft teil, da er nicht auf Augenhöhe mit Präsident Anastasiades als Präsident der TRNZ titulierte worden wäre. Dies ist während diplomatischer Anlässe nicht möglich, da die TRNZ international nicht anerkannt ist.

Im Anschluss an Steinmeiers Besuch kam der britische Außenminister Philip Hammond am 19. November zu einem Arbeitsbesuch. Die Themen auf der Agenda waren u.a. die Zypernfrage, die bilateralen Beziehungen beider Länder, Migration und die EU-Reform sowie regionale Fragen, die beide Länder betreffen. Hammond äußerte sich optimistisch über die derzeitigen Vereinigungsverhandlungen trotz der beträchtlichen Herausforderungen und erklärte die Position Großbritanniens hinsichtlich der Garantiemächte. Sollten demnach beide Bevölkerungsgruppen eine Einigung über das weitere Vorgehen erzielen, werde Großbritannien alle Vorschläge prüfen. Hinsichtlich dieser Frage habe sein Land keine vorgefasste Meinung.

Derweil erklärte der britische Premierminister David Cameron am 23. November, dass Großbritannien die Nutzung seines Militärflughafens in Akrotiri im Kampf gegen den

sogenannten Islamischen Staat (ISIS) zur Verfügung stelle. Obwohl die Unterstützung für den Einsatz von Militärflugzeugen Zypern indirekt im Konflikt involviert, kann Zypern durch die Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten im Kampf gegen ISIS seine geostrategische Rolle als verlässlicher Partner an der süd-östlichen Grenze der EU demonstrieren.

Der vom 1. bis 2. Dezember geplante Besuch des russischen Außenministers Sergei Lavrov und eine Stippvisite des amerikanischen Außenministers John Kerry am 3. Dezember setzt sich die Reihe hochrangiger Besucher auf der Insel fort.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut der Statistik des Handelsdirektoriums fielen die Ausfuhren in den ersten neun Monaten dieses Jahres um fast 11% von 108.573.000 US-Dollar auf 96.365.705 US-Dollar im Vergleich zum Vorjahr. 57,7% davon fielen auf Exporte in die Türkei. Molke- und Zitrusfrüchte waren die beiden wichtigsten Ausfuhrgegenstände. Die Einfuhren fielen ebenfalls für das Jahr 2015. In den ersten sechs Monaten hatten die Einfuhren ein Volumen von 720.231.600 US-Dollar. Im Jahr 2014 lagen die Einfuhren bei 816.770.219 US-Dollar. 60,3% der Importe kamen aus der Türkei.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahm die Profitabilität der Banken im Vergleich zum Vorjahr um 4,5% zu.

Mit durchschnittlich 51,5% war die Belegungsrate der Hotels in den ersten neun Monaten dieses Jahr besser als im Vergleich zu 2014 mit 48,8%.

Innenpolitische Entwicklungen

Auf dem 20. ordentlichen Parteikongress der an der Regierung beteiligten Partei National Unity Party (UBP) wurde Hüseyin Özgürgün (Abgeordneter für Nikosia) zum Parteivorsitzenden gewählt. Özgürgün gewann die Stichwahl gegen Ersin Tatar (Abgeordneter für Nikosia) mit 3.540 von 6.256 abgegebenen Stimmen. Die Partei hat 9.224 Mitglieder. In der ersten Runde, die eine Woche zuvor abgehalten wurde, konnte keiner der sieben Kandidaten eine Mehrheit für sich gewinnen. Özgürgün und Tatar nahmen die ersten beiden Plätze mit 2.722 bzw. 1.437 Stimmen ein, während Ünal Üstel (Abgeordneter für Trikomo/Iskele) 708, Hamza E. Saner (Abgeordneter für Famagusta) 497, Nazim Cavusoglu (Abgeordneter für Trikomo/Iskele) 382, Zorlu Töre (Abgeordneter für Nikosia) 324 und Oguz Ceyda 42 Stimmen erhielten. Üstel, Saner, Cavusoglu und Töre unterstützten Tatar in der zweiten Runde. Auf dem Kongress wurden ebenfalls 70 Mitglieder der Parteiversammlung in den Kongress gewählt.

Am 2. November verabschiedete das Parlament ein Gesetz zum dauerhaften Aufenthalt. Demgemäß müssen Ausländer, die eine

Arbeit oder ein Gewerbe haben, ihre Aufenthaltsgenehmigung nach den ersten sechs Jahren nicht jährlich erneuern. Nach sechs Jahren ununterbrochenen Aufenthalts können Sozialleistungen, wie z.B. Krankenversicherung, in Anspruch genommen werden. Das neue Gesetz zur Regelung der Staatsbürgerschaft erschwert den Erwerb der Staatsbürgerschaft in der TRNZ.

Der Streit darüber, wer das aus der Türkei gelieferte Wasser managen soll, konnte auch im November nicht beigelegt werden. Inmitten der Debatte berichteten einige Medien, dass die Türkei die Wasserlieferungen gestoppt habe, was aber von offizieller, türkischer Seite dementiert wurde.

Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften

Am 9. November begannen die Verhandlungen für das Jahr 2016 zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und dem Finanzministerium über Gehälter, Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte. In einer Erklärung des Finanzministeriums versicherte der Minister, dass er sich im Auftrag der Regierung die Forderungen und Ansichten der Gewerkschaften anhören werde.

Am 3. November hielten die Gewerkschaften vor dem Parlamentsgebäude eine Demonstration ab, um gegen das „Gesetz zur Regelung der monatlichen Gehälter, Löhne und anderer Zuwendungen öffentlicher Angestellter“ aus dem Jahr 2011 zu protestieren. Dieses Gesetz hatte das Eintrittsgehalt im öffentlichen Bereich drastisch gekürzt. Die Gewerkschaften hatten die Abschaffung des Gesetzes seit

Langem gefordert, da es das Prinzip von gleicher Entlohnung für gleiche Arbeit verletze.

Am 30. November begannen die beiden größten Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, KTMAS und Kamu-Sen, einen unbefristeten Streik an der Paketstation des Postamtes in Famagusta, um auf die Mängel am Gebäude und Personalmangel sowie andere Probleme, von denen die Postämter im Allgemeinen betroffen sind, aufmerksam zu machen. Anfang des Monats fand ein zweitägiger Streik im Postamt von Kyrenia statt.

Als Antwort auf die Kritik des Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei (TDP) für Kyrenia, Zeki Çeler, hinsichtlich der Sicherheit am Arbeitsplatz, gab der Innen- und Arbeitsminister Asım Akansoy zu, dass es Probleme gebe und dass es insgesamt nur 14 Inspektoren in diesem Bereich gebe. Der Minister kündigte auch an, dass er sich in Kürze mit der gewerkschaftlichen Organisation im privaten Sektor befassen werde.

Außenpolitik

Am 17. November empfing Präsident Akıncı den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier. In einer Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen sagte Akıncı, dass „wir ihm die türkisch-zyprischen Empfindlichkeiten erklärt haben und unsere Bereitschaft zur Lösung des Zypernproblems bestätigt haben. (...) Herr Steinmeier sagte mir, dass sein Land bereit sei, den Verhandlungsprozess bis zum Ende zu unterstützen.“ Akıncı dankte dem deutschen Außenminister

ebenfalls für die Einladung, nach Deutschland zu kommen.

Der türkische Außenminister Mevlut Çavuşoğlu besuchte den Norden der Insel. Nach seinem Treffen mit Akıncı sagte Çavuşoğlu, dass sein Land seinen Teil für einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen beitragen wolle, deutete aber an, dass dies die letzte Chance zur Lösung der Zypernfrage sei. Çavuşoğlu lobte auch die positive Haltung von Anastasiades und dem Vorsitzenden der Oppositionspartei AKEL, Andros Kyprianou, den er zu einem Besuch in die Türkei einladen wolle.

Am 19. November empfing Präsident Akıncı den britischen Außenminister Philip Hammond. In einer Erklärung an die Presse im Anschluss an das Treffen betonte Akıncı, dass die Lösung der Zypernfrage von beiden Seiten der Insel gefunden werden müsse, die Hilfe der internationalen Gemeinschaft innerhalb des Prozesses jedoch sehr wichtig sei. Akıncı bezeichnete das Treffen als sehr erfolgreich. Hammond sagte, dass sein Land technische Unterstützung bei den Verhandlungen bereitstellen könne und betonte, dass er dabei helfen wolle, die für eine Lösung der Eigentumsfrage notwendigen Finanzmittel zu finden.

5. FES Zypern Veranstaltungen



Dezember 2015

--- keine Veranstaltungen ---



Januar 2016

--- keine Veranstaltungen ---



Das FES-Newsletterteam und das FES-Büro auf Zypern wünschen Ihnen ein frohes Fest und alles Gute für 2016.

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com

